

Am Beispiel eines Projekts mit der Stadt Mülheim an der Ruhr erläutert dieser Beitrag aus der Kommunikationswissenschaft Wege zu einem möglichst viele Bevölkerungsgruppen integrierenden Kommunikationskonzept. Bei dem Projekt gewannen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erstaunliche Einblicke in das Selbstverständnis der Mülheimerinnen und Mülheimer.

„Eine Stadt für alle Bürger.“

Zur Integrationsproblematik in komplexen Gesellschaften

Karin Kolb, Jens Loenhoff und H. Walter Schmitz

Einwanderung, Integration und Abwanderung sind keineswegs allein zeitgenössische Phänomene. So ist die Geschichte ganz wesentlich eine Geschichte des Kulturkontaktes und der damit verbundenen Transformationsprozesse. Innerhalb Deutschlands kommt gerade dem Ruhrgebiet eine besondere Bedeutung zu, denn kaum eine Region des Landes hat im Laufe der letzten 120 Jahre so viele Menschen aufgenommen. Die mittlerweile sehr gut erforschte Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets war insbesondere durch die Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte geprägt. Der mit der Industrialisierung steigende Bedarf an Arbeitskräften führte in den 1880er Jahren zahlreiche polnische Arbeitsmigranten ins Ruhrgebiet, etwa ein Drittel der heute im Ruhrgebiet lebenden Menschen hat polnische Wurzeln. Seit den fünfziger, vor allem den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts kam eine große Zahl von Arbeitsmigranten aus Süd- und Südosteuropa hinzu. Heute sind 8,8 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen „Ausländer“. Unter den 82 Mio. in der Bundesrepublik lebenden Menschen sind 7,3 Milli-

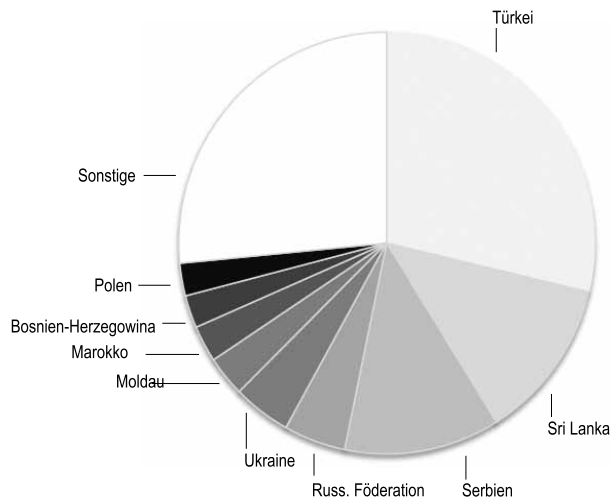
onen nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund ist indessen deutlich höher, sie liegt bei etwa 15 Millionen, also etwa 19 Prozent. Im mit 18 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen leben allein 1,9 Millionen Ausländer (10,6 Prozent), im mit 2,4 Millionen Einwohnern relativ kleinen Sachsen-Anhalt dagegen lediglich 46 Tausend; mit 1,9 Prozent ist dies die geringste Ausländerquote der deutschen Bundesländer. Im internationalen Vergleich sind diese Zahlen sehr moderat, die Nettoeinwanderung nach Deutschland ist relativ niedrig und die Abwanderung seit Mitte der neunziger Jahre teilweise höher als die offizielle Zuwanderung. Im Kontext gesamteuropäischer Einwanderungsbewegungen sind die zuwanderungsrelevanten Daten und Verlaufsformen in der BRD eher unauffällig. Insofern gibt es keine typisch deutsche Migrationsgeschichte.

Jenseits solcher Daten und Fakten hat der Migrationsdiskurs in letzter Zeit allerdings erheblich an Dynamik gewonnen, seine Bedeutung im kommunikativen Haushalt

der deutschen Gesellschaft lässt sich an zahlreichen, medienwirksam geführten Debatten, neu geschaffenen Institutionen oder gemeinnützigen Projekten unschwer erkennen. Ähnlich wie „Freiheit“, „Frieden“ oder „Wohlstand“ ist „Integration“ mittlerweile ein nicht negationsfähiger Hochwertbegriff. Mit ihm lässt sich nicht nur Zustimmungsbereitschaft in der politischen Kommunikation mobilisieren, sondern auch – und dies ist für derartige Begriffe spezifisch – auf vollkommen heterogene Phänomene Bezug nehmen oder an vielfältige Kommunikationskontexte andocken, sei es, um Forderungen an die Migranten zu formulieren, sei es, um Defizite der Politik ins Visier zu nehmen. Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der Integrationsproblematik sind innerhalb des Parteienspektrums keine grundsätzlichen Dissensquellen mehr. Nach Jahrzehnten relativ geringer Beachtung und hartnäckiger Leugnung deutscher Realität als „Einwanderungsland“ ist das Thema „kulturelle Differenz“ in Politik und Gesellschaft angekommen. Dies sagt freilich nur wenig aus über die Korrelation zwischen belastbaren Befunden einerseits und wahrgenom-



Jens Loenhoff. Foto: Max Greve



(1) Einbürgerungen 2007.

Quelle: Stab Kommunale Entwicklungsplanung (Hrsg.): Bevölkerungsbewegungen 2007. Stadt Mülheim an der Ruhr <http://www.muelheim-ruhr.de/cms/bevoelkerungsbewegungen.html>, verifiziert: 28.10.2010.

menen Problemlagen andererseits, wie die plakative Rede von der Gefahr von „Parallelgesellschaften“ zeigt.

Moderne Gesellschaften sind, hier ist sich die soziologische Begriffsbildung einig, komplexe und hochgradig differenzierte Gesellschaften. Prozesse sozialer Differenzierung, seien sie durch ökonomische Faktoren, durch religiösen Pluralismus, durch die Herausbildung unterschiedlicher Lebensstile oder aber durch die Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte bedingt, beinhalten stets das Potenzial, die alltäglichen Kontrasterfahrungen innerhalb der eigenen Umgebung zu vermehren. Kulturelle Vielfalt und heterogene Vorstellungen von Lebenssinn und Lebensführung bilden gleichsam den Betriebsmodus moderner Zivilgesellschaften. In zahlreichen westlichen Gesellschaften, aber auch in den sich rasant verändernden Gesellschaften Asiens, gehört diese Vielfalt zur Normalität des Alltags. Gleichwohl verlaufen diese Prozesse nicht ohne Widersprüche, Konflikte und Irritationen. So vollzieht sich die Begegnung mit kultureller Alterität immer auch in der Konfrontation mit unverständlichen Lebensformen, mitunter sogar mit als inakzeptabel beurteilten Orientierungen. Im diesbezüglichen Migrationsdiskurs und dem damit verbundenen Problem der Anerkennung kultureller Diffe-

renz geraten kulturelle Lebensformen von Migranten dabei zunehmend unter Zwang, zu ihrem Verhältnis zu unserer Gesellschaft und damit auch zu sich selbst Stellung zu nehmen. Wie der Soziologe Joachim Renn¹ gezeigt hat, erscheint im Zuge dieser Forderung kulturelle Differenz nicht nur als unterschiedliche Lebenspraxis, sondern auch als diskursive Differenz in Form unterschiedlicher Selbstbeschreibungen und Geltungsansprüche. Mit anderen Worten: Zuwanderer müssen sich erklären und die in ihrem eigenen Milieu zunächst irrelevanten Fragen beantworten, wer sie sind, worin das Spezifische oder das jeweils Andere ihrer Lebenspraxis, ihrer Wertorientierungen oder Traditionen liegt. Migrantengruppen sehen sich mit der Forderung konfrontiert, sich als abgrenzbare „Kulturen“ explizieren zu müssen. Der Transformation eingelegter, stillschweigender und daher unbefragter Orientierungen in explizite Beschreibungen und Auseinandersetzungen darüber, wer man ist, erwachsen erst jene sekundären ethnischen Identifikationen, die dann im Migrationsdiskurs verhandelt werden. Eine Nebenfolge dieses Prozesses sind Semantiken der Differenz, die sich mit der Identitätszuschreibung „Wir sind anders.“ verbinden und zu einer Essentialisierung kultureller Lebens-

formen gesteigert werden können, die in der Zusammenfassung von Merkmalen als „Wesen“ der Türken, der Deutschen, der Afrikaner etc. das Gegenteil eines reflexiven Umgangs mit kulturellen Identitäten darstellen. Eine solche Zuschreibungspraxis ist dann nicht nur bestens geeignet, sich in einem Prozess wechselseitiger Fehldeutungen aufzuschaukeln, sie stimuliert vor allem auch die Konstruktion kultureller Antagonismen, denen in der alltäglichen Lebenspraxis überhaupt keine realen Konfliktlagen entsprechen.

Geht man vor diesem Problemhorizont der Frage nach, was in einer komplexen und durch kulturelle Heterogenität geprägten Gesellschaft „Integration“ überhaupt heißen kann oder soll, stößt man zunächst auf ein weit verbreitetes Vorverständnis. Es besteht vornehmlich darin, dass sich Integration als möglichst lautlose Eingliederung der Zugewanderten in die Mehrheitsgesellschaft zu vollziehen habe. Ein solches, hier als „traditionell“ bezeichnetes Integrationsverständnis schließt zudem die Forderung, mindestens aber die Hoffnung auf die Übernahme der in ihr gewachsenen Handlungsorientierungen und Wertmuster durch die Migranten ein. Wird Integration gar als kompromisslose Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft verstanden, bleibt die „aufnehmende“ Gesellschaft strukturell vollkommen handlungsentlastet. Was zur Lösung möglicher Integrationsprobleme zu leisten ist, haben ausschließlich die Migrantinnen und Migranten zu erbringen. So sind es primär die Integrationsunwilligen, die das potentielle Integrationsdesaster der „Parallelgesellschaften“ zu verantworten haben. Dieser Auffassung lässt sich allerdings ein anderes, um zahlreiche Dimensionen erweitertes und reflexives Integrationsverständnis entgegensetzen. Zwei wichtige Voraussetzungen sind dabei von Bedeutung:

Erstens sind Integration und soziale Differenzierung innerhalb komplexer Gesellschaften zunächst als grundlegende soziale Funktionen zu begreifen, die alle Bürgerinnen und

Bürger und auch alle Lebensbereiche betreffen. Integration ist daher kein privilegierter Umgangsmodus für Menschen mit Migrationshintergrund. Vielmehr ist sie zu verstehen als Teilhabe an Handlungszusammenhängen, als Anschlussfähigkeit und Fortsetzbarkeit von Arbeit und Kommunikation.

Zweitens zeigen sich deutliche Ähnlichkeiten der Lebenssituationen von Menschen, die am Rand der modernen Gesellschaft leben, ungeachtet der Tatsache, ob mit oder ohne Migrationshintergrund oder ob mit oder ohne deutschen Pass. Begreift man Integration indessen als den Erwerb der Auffassung für die Angemessenheit von Handlungen und Kommunikation im Umgang miteinander, führt dies zu einer Abwendung von der Forderung nach einer Maximalinklusion in eine Kultur. Ebenso wie Handlungsorientierungen, Lebensstile und soziale Milieus in komplexen Gesellschaften stark differenziert sind, entfalten auch Integrationsprozesse viele Facetten und Spielarten. In den verschiedenen ethnischen Milieus, auf dem Land oder in der Stadt, vor allem entlang unterschiedlicher Bildung und Ausbildung vollzieht sich die Integration von Migranten oder Personen mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich. Von *den* Ausländern und *der* Integration kann daher überhaupt keine Rede sein. Daher führt die Beurteilung der Migrationsproblematik auf der Basis eines erweiterten beziehungsweise reflexiven Integrationsverständnisses nicht nur zu anderen Beschreibungen und Erklärungen für das Auftreten von Problemen, sondern auch und vor allem zu anderen Lösungsvorschlägen für praktische Probleme.

Die Suche nach einer neuen Selbstpräsentation unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu ausländischen Mitbürgern am Beispiel der Stadt Mülheim an der Ruhr

Im Frühsommer 2007 nahm die Stadt Mülheim an der Ruhr Kontakt

mit uns auf. Die Stadtkanzlei suchte einen wissenschaftlichen Kooperationspartner für die wirkungsvolle und nachhaltige Umsetzung einer neuen kommunalen Selbstpräsentation, durch die sie ihre positive Einstellung zu den in Mülheim lebenden Bürgern mit Migrationshintergrund, ihren ausländischen Investoren und ihren Besuchern erfolgreich und effektiv kommunizieren kann. Die Stadt wollte sich ihren Bürgern als weltoffen, ausländerfreundlich und kosmopolitisch präsentieren. Mit ihren fast 170.000 Einwohnern zählt Mülheim zu den 82 Großstädten Deutschlands und den elf Ruhrgebietsstädten. Mit der Schließung der letzten Zeche 1966 war sie die erste bergbaufreie Stadt in der Ruhrregion. Die einstige Leder- und Montanstadt präsentiert sich heute als ein branchenbreiter Wirtschaftsstandort. Während die Land- und Forstwirtschaft so gut wie keine wirtschaftliche Relevanz erreicht, arbeiten 28,3 Prozent der in Mülheim Beschäftigten in Handel, Verkehr und Gastgewerbe. 33 Prozent sind im produzierenden Gewerbe beschäftigt. Der Dienstleistungsbereich stellt mit 38,5 Prozent mittlerweile den größten Arbeitssektor für Mülheim dar. Neben der niedrigsten Arbeitslosenquote (8,7 Prozent) in der Region verfügt die Stadt über die dritthöchste Kaufkraft in ganz Nordrhein-Westfalen. Mit einem Ausländeranteil von aktuell 10,1 Prozent liegt ihr Anteil mit einem Prozent über dem Durchschnitt der BRD, zugleich aber auch unterhalb des nordrhein-westfälischen Durchschnitts. Die Stadt Mülheim hat in den letzten Jahren neben dem Ausbau spezifischer Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten bereits eine Vielzahl integrationspolitischer Aktivitäten angestoßen, so zum Beispiel die Einrichtung einer städtischen Koordinierungsstelle für Integration, die regelmäßige Ausrichtung von feierlichen Einbürgerungsfeiern, die Etablierung eines Stadtteilmanagements, um die konkreten Lebensbedingungen der Stadtteilm Bewohner zu verbessern, sowie die langfristige Umsetzung

sozialraumorientierter Maßnahmen, um ethnischer und sozialer Segregation entgegenzuwirken. Integraler Bestandteil der neuen Selbstidentität der Stadt sollte die Auffassung sein, dass kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern vielmehr als Ressource für die städtische Entwicklung genutzt und als Modell eines zivilgesellschaftlich verfassten Miteinanders entfaltet werden kann. Dabei sollten vor allem die Potenziale einer Stadt mit Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft in Bezug auf ihre generelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Relevanz deutlicher herausgestellt werden, als dies bisher erfolgt ist. Der durch die Stadt initiierte Integrationsdiskurs sollte eine qualitative Aufwertung innerhalb institutioneller, ökonomischer, aber auch alltagspraktischer Kontexte erfahren.

Für die Erfassung des aktuellen Selbstbildes der Stadt Mülheim an der Ruhr und der Frage, wie sie sich bisher in Fragen der Migration in massenmedial vermittelten und institutionalisierten Kommunikationszusammenhängen präsentiert hat, beziehungsweise wie sie von Bürgern, relevanten Gruppen und den Medien gesehen wird, wurden Ende 2007 qualitative Interviews mit Vertretern der lokalen Presse unter anderem der „Mülheimer Woche“, der „NRZ“ und der „WAZ“, der städtischen Einrichtungen (Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CBE), Mülheim & Business GmbH, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien (RAA) etc.) sowie Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern geführt. Des Weiteren wurde über sechs Monate der Pressespiegel der Stadt gesichtet sowie diverses, die Fragestellungen betreffendes Datenmaterial wie beispielsweise Statistische Jahrbücher, Ergebnisse der Bürgerumfragen der Stadt, Protokolle der Migrationskonferenz 3/06, Stadtchroniken und Jahrbücher ausgewertet.

Auf der Grundlage des breiten Datenmaterials zeigte sich, dass in Mülheim kein Migrations- und Inte-

grationsproblem im engeren Sinne zu diagnostizieren ist. In der Alltagspraxis der Mülheimer Bürgerinnen und Bürger ist die Wahrnehmung einer „Ausländerproblematik“ anderen Themen mit größerer Relevanz weit nachgeordnet. Auch in den Artikulationsformen der massenmedialen Diskurse ließen sich keine belastbaren Befunde feststellen, die sich auf eine herausragende Wahrnehmung einer Migrationsproblematik zurückführen ließen. Mit den über 50 Prozent Grün- und Waldflächen erfahren die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt als eher behaglichen Wohnort und attraktives Ausflugsziel für Bewohner von Nachbarstädten. Auch die Zahlen scheinen diesen Eindruck zu bestätigen. Während die Prognosen von einem Rückgang der Bevölkerungszahl in der Region bis zum Jahr 2015 von jetzt etwas über 5,25 Millionen auf 5 Millionen ausgehen, bleiben die Einwohnerzahlen in Mülheim stabil. Zuzüge und Fortzüge halten sich seit einigen Jahren etwa die Waage. Auch die Kriminalitätsrate der Stadt weist keine Besonderheiten auf, der Anteil ausländischer Mitbewohner an der Kriminalitätsrate sinkt sogar.

Von besonderem Interesse für uns war folgender Befund der Bestandsaufnahme: Obwohl die Mülheimer Bürgerinnen und Bürger sich als offen gegenüber Zugezogenen wahrnehmen, konnten sie sich nicht mit der Attribution beziehungsweise dem Slogan der Stadt „Mülheim, die internationale Stadt.“ identifizieren. Das von den Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern bereits gelebte Integrationsverständnis deckt sich weniger mit einem weltstädtischen Urbanitätskonzept, sondern erscheint vielmehr als ein eher familiär geprägtes Sozialgefüge der Offenheit. Mülheimer ist in erster Linie, wer sich selbst so begreift und beschreibt und wer darüber hinaus Mitglied in städtischen Netzwerken ist. Dieses durchaus bürgerliche Standesbewusstsein belegt auch die hohe Zahl an Bürgerinitiativen innerhalb der Stadt. Dieser spezifisch „Mülheimer“ Umgangsmodus

beziehungsweise diese spezifische Art der in Mülheim gewachsenen Lebensform im Umgang mit Zugezogenen legt nahe, dass die Stadt selbst als der zentrale Integrationspunkt sowohl in den kommunikativen als auch in den nichtdiskursiven Praktiken der Kommune an Bedeutung gewinnen sollte. Im Gegensatz zu einer weitgehend abstrakt geführten Explikation der zentralen Merkmale einer Nation, eines Staates oder einer Religion kann die Zugehörigkeit und Zuordnung zu einer Stadt oder einer Bürgerschaft konkret erfahrbar werden, ohne dass andere zum Beispiel kulturelle, ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten einer Person zugleich grundsätzlich in Frage gestellt beziehungsweise expliziert werden müssen. Der Förderung von Semantiken der Differenz kann so entgegengewirkt werden.

Zielsetzung und Ausarbeitung der Grundorientierungen eines Kommunikationskonzeptes

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Bestandsaufnahme und der gewonnenen Erkenntnisse über das Selbstbild der Stadt und ihrer Bürger unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zu ausländischen Mitbürgern (Selbst-/Fremddarstellung) wurden die Grundorientierungen für ein entsprechendes Kommunikationskonzept entwickelt, die es der Stadt vor allem auch ermöglichen sollen, inverse Folgen einer Thematisierung von ‚Integration‘ und ‚Migration‘ zu vermeiden. Dafür gingen wir von folgenden Fragen aus:

- In welcher Weise und in welchen Darstellungsformen sollte die Stadt Mülheim ihr Verhältnis zur Integration ihrer ausländischen Einwohner kommunizieren?
- Und welche Grundorientierungen sollten solche Selbstpräsentationen als Input institutioneller Veränderungen prägen?

Die uns in der Formulierung wie auch der Bearbeitung dieser beiden Fragen leitende kommunikationswissenschaftliche Perspektive lässt

sich durch drei Kennzeichnungen näher charakterisieren, die in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind:

Erstens: Die Normalisierungsthese, die, theoretisch wie empirisch gestützt, besagt, dass zwischen intrakultureller und interkultureller Kommunikation lediglich graduelle, aber keine kategorischen Unterschiede bestehen². Auch die moderne, hochdifferenzierte Mehrheitsgesellschaft ist innerhalb ihrer Grenzen ideologisch, religiös und ‚kulturell‘ heterogen, sie ist kein Reich ungebrochener und stets gelingender Kommunikation. Konsens ist eher eine kontrafaktische Unterstellung der Kommunikationspartner als eine tatsächlich zwischen den Mitgliedern unterschiedlichster Gruppen bestehende gemeinsame Grundlage und Voraussetzung zwischenmenschlicher Verständigung.

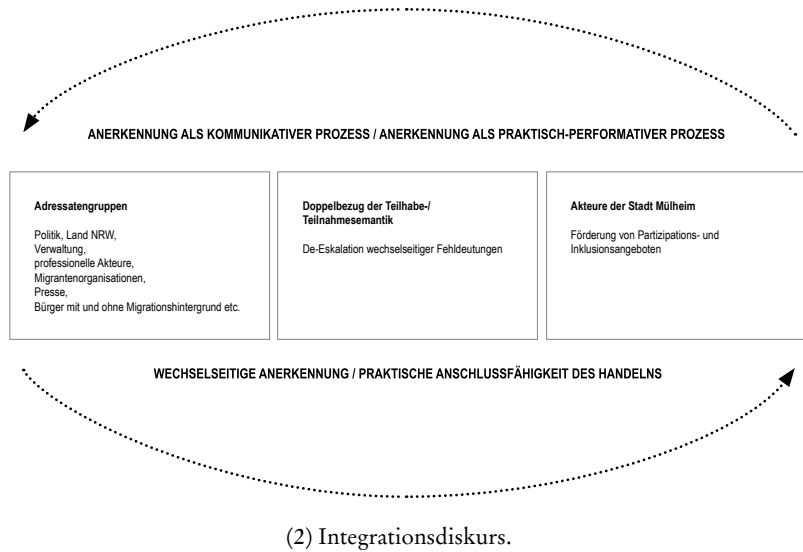
Zweitens: Kommunikationsprozesse werden in erster Linie aus der Adressatenperspektive, und damit von ihrem Gelingensziel her betrachtet und analysiert³. Denn das Gelingen von Kommunikation ist letztlich immer abhängig davon, wie und als was die (Sprecher-) Mitteilungen von den Adressaten verstanden werden. Und da nur selten in einem Zug Verständigung erzielt werden kann, ist Gelingen von Kommunikation als Ergebnis der Wechsel- und Rückwirkung zwischen den Kommunikatoren zu begreifen.

Drittens: In Kommunikation geht es in aller Regel um die Lösung zweier Hauptprobleme, die Verwirklichung des Kommunikationsziels (Wird man so verstanden, wie man verstanden werden möchte?) und das Erreichen des nachgeordneten Kommunikationszwecks (Wie erreicht man Zustimmung und Kooperationsbereitschaft bezüglich der Kommunikationszwecke?)⁴. Kommunikative Problemlösungsstrategien haben dann, sollen sie überhaupt Chancen auf Erfolg haben, unter anderem folgende Faktoren zu berücksichtigen: Bedingungen der Verständigungs- und der Kooperationsbereitschaft;

gemeinsame Sprache (linguistisch/sozial/stilistisch etc.); handlungsleitende Wissensbestände (kulturspezifisches Vorverständnis); formale und materiale (kognitive/soziale) Kompetenzen; Selbstbilder der Adressaten (Sorgen/Befürchtungen); Eigenlogiken und Relevanzsysteme der beteiligten Akteure, Institutionen und Organisationen.

In Abgrenzung von einem traditionellen Integrationsverständnis wurde eine inklusive Teilhabe-Semantik entwickelt, die alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt anspricht und Migrantengruppen ausdrücklich einschließt. Denn die vor allem im politischen Diskurs einseitig geprägte und institutionell-bürokratisch verfestigte Integrations-Semantik weist drei wesentliche Nachteile auf, die wohl nicht nur unter den in Mülheim konstatierten Bedingungen und Verhältnissen im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung genau die Probleme erst kommunikativ mit hervorbringen, denen die Rede von der Integration ursprünglich einmal abhelfen sollte: 1. Die Integrations-Semantik impliziert eine Defizithypothese und formuliert daraus abgeleitete Ansprüche an Migrantengruppen und Bürger mit Migrationshintergrund, die von ihnen noch zu erfüllen sind. 2. Die Integrations-Semantik ist eine Semantik der Differenz, da die implizierte Integrationsforderung sich ausschließlich auf eine unterstellte oder tatsächliche kulturelle Differenz bezieht; Explikation kultureller Differenz aber schafft erst unnötige Grenzen und Barrieren, die dem Ziel einer aktiven Teilnahme im Wege stehen. 3. Die Integrations-Semantik enthält eher offen als verdeckt die Formulierung einer „Bringschuld“ und lässt so zugleich die angesprochenen Personen oder Gruppen als defizitär erscheinen.

Wie verschieden davon die Gehalte, Möglichkeiten und Schwerpunkte einer Teilhabe-/Teilnahme-Semantik sind, erschließt sich schon durch einen formalen Überblick über die Wortfelder „teilhabe“ und „teilnehmen“⁵:



„Teilhabe“: *das Teilhaben, Teilhaberschaft. – „teilhabe“: an etwas teilhaben: 1. an etwas beteiligt sein, jemanden an seiner Arbeit, Freude teilhaben lassen; 2. (gehoben) teilnehmen: die anderen lachten, aber er hatte nicht teil. – „Teilhabe“: 1. Mitberechtigter am Eigentum. 1.1 Gesellschafter (eines Geschäftsunternehmens). – „teilnehmen“: 1. an etwas teilnehmen: 1.1 sich an etwas beteiligen, bei etwas (aktiv) mitmachen; 1.2 etwas (eine Veranstaltung, ein Treffen oder ähnliches) besuchen; bei etwas anwesend sein; 1.3 etwas benutzen, sich einer Leistung, Möglichkeit o.ä. bedienen; 2. an einer Sache teilnehmen, Anteil nehmen, etwas (mit Interesse) verfolgen, mitempfinden, mitfühlen; 3. teilnehmend, teilnahmsvoll, mitfühlend.*

In der Teilhabe-/Teilnahme-Semantik und ihren Verweisungszusammenhängen finden wir also zentral gestellt: Gemeinsamkeit, Reziprozität und wechselseitige (!) Anerkennung, wechselseitiges Geben und Nehmen zu beiderseitigem Vorteil, aber auch gemeinsame Verantwortung. Gegenüber der Integrations-Semantik weist die Teilhabe-/Teilnahme-Semantik darüber hinaus zwei entscheidende Besonderheiten und Vorteile auf: Einerseits ermöglicht sie die unterschiedslose Ansprache aller Mülheimer Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade derjenigen, die sich, ohne einen Migrationshin-

tergrund zu haben, in einer eher problematischen Lebenslage befinden. Andererseits erlaubt sie die Schaffung einer Basis für die Wahrnehmung von und Identifikation mit gemeinsamen Interessen, die kulturelle Differenz ausklammert oder als irrelevant behandelt. Und schließlich enthält die Teilhabe-/Teilnahme-Semantik einen interessanten Doppelbezug, der von der symbolischen Teilhabe bis zur aktiven Teilnahme reicht, von der Anerkennung als kommunikativem und symbolischem Prozess bis zur praktischen Teilnahme als praktisch-performativem Prozess. Der Teilhabe-/Teilnahme-Semantik fällt daher also die Aufgabe zu, die Voraussetzungen für die aktive Teilnahme zu schaffen.

Aus diesen Überlegungen haben wir als Aufgabenbeschreibung der Selbstdarstellung der Stadt Mülheim abgeleitet:

Es ist das Ziel der Stadt und ihrer Einrichtungen, allen Mülheimern, die das wünschen, die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben in der Stadt zu ermöglichen.

Diese städtische Selbstdarstellung ist nun allerdings genau abgestimmt auf die in diesem Zusammenhang relevanten und hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, Aufgaben und Möglichkeiten sinnvoll unterscheidbaren Adressatengruppen zu kommunizie-



Karin Kolb. Foto: Max Greve

ren: Politik/Land Nordrhein-Westfalen, professionelle Akteure in der Stadt, Integrationsrat, Migrantinnen und Migranten/Migrantenorganisationen, Presse, unbetroffene Bürgerinnen und Bürger. Eine darauf bezogene Adressatenanalyse ergab, dass in der Politik auf Stadt- und Landesebene zwar ein unzureichend differenzierter, enger Integrationsbegriff gehandhabt wird (Integration als „interaktiver Prozess zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft“), dass daneben aber selbst im Aktionsplan „Integration 2006“ des Landes Ansätze eines partizipatorischen Integrationsbegriffs identifiziert werden können (zum Beispiel: „Teilhabe als wechselseitiger Integrationsprozess“), an die die städtische Kommunikation anschließen könnte. Von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen (unter anderem auch Schulen, Theater etc.), die die wichtigsten Schnittstellen für die Schaffung administrativer und organisatorischer Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen der Stadt darstellen, ist eine offene und transparente Kommunikationspolitik zu fordern, da sie die Voraussetzung für eine aktive Teilhabe und Teilnahme aller Mülheimer Bürgerinnen und Bürger ist. Darüber hinaus bedarf es einer systematischen Prüfung von Grenzen und Barrieren im weitesten Sinne, die Teilhabe erschweren oder verhindern; so sind abweisende Verwaltungsroutinen aufzubrechen und Angestellte mit Migrationshintergrund dort zu beschäftigen, wo sie zum Abbau von Barrieren wesentlich beitragen könnten.

Den professionellen Akteuren gegenüber ist die kommunale Verantwortung für die Förderung einer gesellschaftlichen Teilhabe aller Mülheimer Bürgerinnen und Bürger darzulegen und zu begründen unter Verweis auf die Selbstverpflichtung der Stadt.

Der Integrationsrat ist als ein Vermittler, Berater und Interessenvertreter einer spezifischen Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern neben

anderen anzusprechen, der sich innerhalb der städtischen Zielsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe-Gesellschaft zu bewegen hat. Daher ist auch eine kritische Diskussion der Ziel- und Zwecksetzung des vom Integrationsrat herausgegebenen Informations-Magazins „interKULT“ zu initiieren, das mit seinen Inhalten kulturelle Differenzen betont, mit seinen ausschließlich deutschen Texten gleichzeitig vielen seiner Adressaten unzugänglich bleibt.

Den Migrantinnen und Migranten/Migrantenorganisationen ist das städtische Konzept in ihrer Muttersprache zu vermitteln; zugleich sind sie als Berater bei der Identifizierung von Barrieren und als Vermittler zur Überwindung von Grenzen, zur Ermöglichung symbolischer Teilhabe also, anzusprechen. Zur Darlegung der Gründe, die ihre Teilhabe diesbezüglich erforderlich machen, gehören andererseits das Einfordern konkreter Potenziale und die Aufforderung zur Inanspruchnahme der Mitwirkungangebote, zur aktiven Teilnahme also.

Gegenüber der örtlichen Presse ist ebenso wenig wie gegenüber den unbetroffenen Bürgerinnen und Bürgern irgendeine spezielle Ansprache erforderlich. Der Presse und vermittelt durch sie den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ist allerdings offiziell die Notwendigkeit einer reflexiven Teilhabe-/Teilnahme-Semantik darzulegen, um ihr dann das neue Konzept und den sich daraus ergebenden Handlungsplan, verbunden mit einer klaren Formulierung der Zielsetzung der Stadt, vorzustellen.

Auf der Grundlage der Erkenntnisse der von uns vorgenommenen Adressatenanalyse wurden geeignete Kommunikationsmittel ausgewählt und sodann auch spezifische Formulierungsvarianten erarbeitet, die eine Sensibilisierung bei den städtischen Akteuren für die je unterschiedlichen Spielarten und kleineren Formen von Integration und Zusammenleben ermöglichen. Zu den in Betracht gezogenen Kommunikationsmitteln gehören unter anderem: Mehrsprachig abgefasste Texte, nicht nur in Ämtern

und Behörden; adressatenbezogene (gegebenenfalls mehrsprachige) Infopost; eine städtische Homepage, deren Mehrsprachigkeit den größeren Migrantengruppen gerecht wird; mehrsprachige Flyer, Hinweisschilder (nicht nur Verbotsschilder!), Plakate et cetera auch außerhalb der Ämter und Behörden. Als adressatenspezifische Formulierungsvarianten wurden vorgeschlagen: „Ich bin ein Mülheimer.“/ „Wir sind Mülheimer.“ – „Mülheim spricht in vielen Sprachen.“/ „Mülheimer sprechen viele Sprachen.“ – „Viele Kulturen – aber ein gemeinsames Zuhause in Mülheim.“ – „Mülheimer kennen viele Kulturen.“ – „Mülheimer kennen sich in vielen Kulturen aus.“ – „Gemeinsamkeit und Vielfalt – Eine Stadt für alle Bürger.“ – Als Zweck der Kommunikation des neuen Selbstverständnisses der Stadt Mülheim gegenüber ihren Bürgern, der mit diesen und anderen inhaltlichen und formalen Gestaltungen der Kommunikation zu verfolgen ist, wurde mit Blick auf den Kern der Teilhabe-/Teilnahme-Semantik und auf die Bedeutung der Stadt für die Stiftung einer allen Bewohnern gemeinsamen Identität vorgeschlagen: Verankerung von „Ich bin ein(e) Mülheimer(in).“/ „Wir sind Mülheimer.“ als Bestandteil der Selbstbeschreibung von Personen und Gruppen, die in Mülheim leben. Und in genau diese Richtung sollte auch ein eventueller Slogan für die Stadt Mülheim weisen; zum Beispiel: „Mülheim – eine Stadt für alle Bürger“. Denn sowohl hinter der bezweckten Selbstbeschreibung der Bürger Mülheims als auch hinter dem Slogan läge gleichermaßen das Grundverständnis: Ein Mülheimer ist, wer hier wohnt und sich dieser Stadt zugehörig fühlt, ganz gleich, ob arm ob reich, jung oder alt, mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Umsetzung

Als zumindest vorläufige Konsequenzen der Präzisierung des Kommunikationskonzeptes der Stadt Mülheim und seiner Umsetzung in die Praxis sind zu erwarten:

- eine Sensibilisierung für die je unterschiedlichen Spielarten und kleineren Formen von Integration und Zusammenleben,
- die Vermeidung inverser Folgen bei der Thematisierung von „Integration“, „Migration“ etc.,
- die Entwicklung einer inklusiven Semantik, die alle Bürgerinnen und Bürger anspricht und Gruppen mit Migrationshintergrund ausdrücklich einschließt,
- eine Steigerung kommunikativer Zugänglichkeit, die auch die Anerkennung kultureller Unterschiede berücksichtigt,
- Identifikations- und Inklusionsangebote, die sich an alle Gruppen bestimmter sozioökonomischer Milieus richten.

Die Schaffung von symbolisch-kommunikativen Zugangs- und praktischen Teilhabemöglichkeiten bildet die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben einer Stadt. Da die kommunale Verwaltung und ihre Mitarbeiter die zentralen Schnittstellen der administrativen und organisatorischen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen darstellen, soll in naher Zukunft durch Workshops versucht werden, das Wissen der Mitarbeiter über zum Beispiel sprachliche und institutionelle Grenzen und Hindernisse zu eruieren. Mittels moderierter Sitzungen mit Mitarbeitern der Verwaltung, die es in ihren alltäglichen Arbeitszusammenhängen auch mit Migranten oder Migrantengruppen zu tun haben, wird eine systematische Prüfung von Kommunikations- und Handlungsbarrieren vorgenommen, die die Teilhabe erschweren oder verhindern, um sodann ausgehend von den Erfahrungen und Kenntnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam Lösungen für die identifizierten Probleme zu erarbeiten.

Summary

The Ruhr area looks back over a long history of migration and cultural diversity. People from many different cultures and social milieus live in the cities of the Ruhr area. That being said, discourses have emerged in contemporary society about the recognition of cultural difference and the opportunities and problems of co-existence under multi-cultural conditions. Modern cities and those responsible for them attempt to understand the complexity of these conditions by commissioning scientific expertise in order to manage co-operation among the heterogeneous cultures and to enter into a communicative relationship with local residents. It is against this background that researchers at the Institute for Communication Studies at the University of Duisburg-Essen have investigated how the city Mülheim/Ruhr can represent itself to local residents, both with and without a migration background, as cosmopolitan and tolerant, and how the city's communication with its residents enables Mülheim to be perceived as a "city for all residents". In the process, surprising insights arose concerning the assumptions of municipal authorities and the actual perceptions of Mülheim residents about the reality of life in the city.

Anmerkungen

- 1) Renn 2004; 2007
- 2) Loenhoff 1992
- 3) Schmitz 1998
- 4) Ungeheuer 1987
- 5) vgl. Brockhaus Wahrig 1980–1984

Literatur

– Brockhaus Wahrig: Deutsches Wörterbuch. Herausgeg. von Gerhard Wahrig, Hildegard Krämer, Harald Zimmermann, Der Große

Brockhaus in zwölf Bänden, 18., völlig neubearbeitete Auflage, 15.–20. Band, F. A. Brockhaus Wiesbaden / Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1980–1984

– Loenhoff, Jens: Interkulturelle Verständigung, Zum Problem grenzüberschreitender Kommunikation, Leske + Budrich, Opladen 1992

– Renn, Joachim: Vertraute Fremdheit und desperate Vergemeinschaftung – Ethnizität und die doppelte Normalisierung kultureller Differenz in der Moderne, in Dreher, Jochen / Stegmaier, Peter (Hrsg.): Zur Unüberwindbarkeit kultureller Differenz, transcript, Bielefeld 2007, 65–96

– Renn, Joachim: Wissen und Explikation – Zum kognitiven Geltungsanspruch der „Kulturen“, in Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhardt (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften, Band 1, Grundlegung und Schlüsselbegriffe, Metzler, Stuttgart 2004, 232–251

– Schmitz, H. Walter: Über Hörer, Hören und Sich-sagen-Hören, Anmerkungen zur vernachlässigten anderen Seite des Kommunikationsprozesses, in ders. (Hrsg.): Vom Sprecher zum Hörer, Kommunikationswissenschaftliche Beiträge zur Gesprächsanalyse, Nodus Publikationen, Münster 1998, 55–84

– Ungeheuer, Gerold: Kommunikationstheoretische Schriften I: Sprechen, Mitteilen, Verstehen, Herausgeg. u. eingel. v. Johann G. Juchem. Mit einem Nachwort v. Hans-Georg Soeffner u. Thomas Luckmann, Rader, Aachen 1987

Die Autorin und die Autoren

Jens Loenhoff studierte Philosophie, Psychologie, Soziologie, Kommunikationsforschung/Phonetik an den Universitäten Düsseldorf und Bonn mit dem Abschluss Magister Artium im Jahr 1984. 1991 folgte seine Promotion an der Universität Bonn, 1999 die Habilitation für das Fach „Kommunikationswissenschaft“ in Essen. Von 2002 bis 2006 hatte er eine Professur für Interkulturelle Kommunikation an der Universität Mainz inne; seit 2007 bekleidet Loenhoff einen der beiden Lehrstühle für Kommunikationswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

H. Walter Schmitz studierte Völkerkunde, Kommunikationsforschung und Phonetik sowie Soziologie an der Universität Bonn; 1973 erhielt er den Abschluss Magister Artium in Völkerkunde; 1977 folgte die Promotion in Kommunikationsforschung an der Universität Bonn; 1987 habilitierte er sich für das Fach „Kommunikationsforschung“ in Bonn; seit 1992 hat Schmitz einen der beiden Lehrstühle für Kommunikationswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen in Essen inne.

Karin Kolb studierte Kunstwissenschaft, Marketing und Kommunikationswissenschaft an der Universität Essen/Duisburg-Essen und promovierte 2006 im Fach „Kommunikationswissenschaft“. Seit 2002 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kommunikationswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.



H. Walter Schmitz. Foto: Max Greve